Brief aus Berlin

Ausgabe 14|2015

Neues aus der Bundespolitik von Ihrer Abgeordneten Dr. Anja Weisgerber

Durchbruch bei der Klimakonferenz in Paris

Anja Weisgerber war als Berichterstatterin für Klimaschutz bei den Verhandlungen dabei

Liebe Leserinnen und Leser,

die Staatengemeinschaft hat bei der 21. Weltklimakonferenz ein neues Klimaabkommen beschlossen, um den weltweiten Temperaturanstieg einzudämmen. Wir sind Zeugen eines historischen Ereignisses. Die Staaten der Welt haben den Ernst der Lage erkannt und sich nach vielen gescheiterten Versuchen in den letzten Jahren auf ein ehrgeiziges gemeinsames Klimaabkommen als Nachfolger für das Kyoto-Protokoll verständigt. Als Berichterstatterin für Klimaschutz der CDU/CSU-Fraktion war ich als Teil der deutschen Delegation bei den Verhandlungen in Paris dabei.

Der Klimawandel bedroht nicht nur niedrig gelegene Inselstaaten, die Gefahr laufen aufgrund des steigenden Meeresspiegels zu versinken, sondern er ist auch in unserer Heimat spürbar. Extremwetterereignisse wie Hochwasser, lange Hitzeperioden im Sommer und milde Winter nehmen zu. In Zukunft werden die Sommer noch trockener und heißer, die Winter noch feuchter und milder. Dies hat Auswirkungen auf uns alle. Auch Landwirtschaft und Weinbau müssen sich anpassen. In Bayern droht bis zum Ende des Jahrhunderts ein Temperaturanstieg von bis zu 4,5 Grad Celsius, wenn nicht gehandelt wird.

Die Weltgemeinschaft hat gehandelt. Egal wie unterschiedlich die Staaten sind – ob reich oder arm, klein oder groß – alle Staaten haben trotz schwieriger Verhandlungen an einem Strang gezogen und sich zu einer Eindämmung der Erderwärmung bekannt.

Im Klimaabkommen wurde das Langfristziel festgeschrieben, die Erhöhung der weltweiten Durchschnittstemperatur unter 2 Grad Celsius zu halten, da ansonsten die Folgen für das Klimasystem unumkehrbar wären. Daneben enthält das Abkommen auf Druck der ambitionierten Staaten, darunter auch Deutschland und Europa, eine starke Formulierung zu einer Obergrenze von sogar 1,5 Grad Celsius.

Knapp 200 Staaten, die für weit über 95 Prozent aller Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, haben in den letzten Wochen und Monaten ihre nationalen Verpflichtungen zur Reduktion von Treibhausgasen vorgelegt. In der letzten Phase des Kyoto-Protokolls hatten sich gerade einmal 37 Staaten eine Verpflichtung gegeben, die für nur 12 bis 14 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich sind.

WEITERE THEMEN IN DIESER AUSGABE

- CDU-Parteitag: Ohne Begrenzung wird es nicht gehen
- Startschuss für Breitband-Förderung des Bundes
- Was ändert sich im Steuerrecht im Jahr 2016?
- Unterfränkische Nikolausfeier
- Beste Azubis in Berlin geehrt

Dass sich so viele Staaten selbst eigene Ziele gegeben haben und deren Einhaltung in Zukunft auch überprüft wird, ist ein bahnbrechender Paradigmenwechsel bei dieser Klimakonferenz. Das Abkommen zeigt den Weg auf, wie das Langfristziel erreicht werden kann.
Entscheidendes Instrument dafür ist ein dynamischer Überprüfungsmechanismus. Dieser soll sicherstellen, dass die Vertragsstaaten ihre nationalen Verpflichtungen erfüllen. Zudem wird alle fünf Jahre überprüft, wie weit die Staatengemeinschaft über der 2-Grad-Obergrenze liegt. Ziel ist, dass die Vertragsstaaten regelmäßig neue und aktualisierte Klimaziele vorlegen. Damit wird sichergestellt, dass sich das Ambitionsniveau regelmäßig erhöht, um das Langfristziel tatsächlich zu erreichen.

Das Abkommen ist ein Meilenstein in der Klimapolitik, weil sich erstmals nicht nur einige wenige, sondern fast 200 Staaten der Welt wechselseitig zum Klimaschutz verpflichtet haben und sie regelmäßig Rechenschaft darüber ablegen müssen, ob sie ihre Klimaschutzverpflichtungen erfüllen. Dies ist die Basis dafür, dass der Klimawandel im Sinne unserer Kinder und Enkel nachhaltig eingedämmt wird.

Herzliche Grüße,

Ihre Anja Weisgerber

Dr. Anja Weisgerber MdB

Arbeitsfrühstück mit Bayerns Umweltministerin Ulrike Scharf und dem Deutschen Botschafter in Paris Dr. Nikolaus Meyer-Landrut.

Dr. Anja Weisgerber im Plenarsaal der Weltklimakonferenz, in dem die 192 Delegationen über das Abkommen beraten und abgestimmt haben.

„Die Unionsparteien ziehen an einem Strang“

CSU-Vorsitzender Horst Seehofer beim Parteitag der CDU

In seinem Grußwort beim Parteitag der CDU hat Horst Seehofer die vielen Gemeinsamkeiten der Schwesterparteien unterstrichen. „Wenn man unsere Konzepte und Ideen übereinanderlegt, sieht man deutlich: In den meisten Fragen sind CDU und CSU auf einer Linie“, sagte Seehofer. Dabei begrüßte der Ministerpräsident ausdrücklich den Beschluss des CDU-Parteitags vom Montag. In dem Text hatten sich die Delegierten klar für eine Begrenzung und Eindämmung des Flüchtlingszustroms ausgesprochen und waren damit in wesentlichen Punkten auf die bayerische Schwesterpartei zugegangen.
Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach sich in ihrer Rede für eine Reduzierung der hohen Asylbewerberzahlen aus. Dies solle mit einem Mix aus nationalen, europäischen und internationalen Anstrengung erreicht werden. Etwa durch die „sicheren Herkunftsländer“, durch mehr Abschiebungen, durch sorgfältige und schnelle Prüfung der Anträge.
Merkel bedankte sich ausdrücklich bei den vielen Kritikern ihrer Flüchtlingspolitik. Sie hätten gezeigt, dass die CDU „die Sorgen der Menschen“ aufnehme. „Aber wir sind auch die Volkspartei, die die Sorgen nicht nur aufnimmt, sondern gestaltet und Lösungen findet. Das muss unser Anspruch sein“, sagte Merkel. „Wir brauchen eine Lösung der Flüchtlingsbewegung, die nachhaltig ist und dauerhaft wirkt“, so die CDU-Vorsitzende.
Die EU müsse ihre Außengrenzen künftig besser schützen, so die Kanzerlin. Die sogenannten Hotspots zur Aufnahme und Registrierung der Flüchtlinge in Italien und Griechenland sollten schnell umgesetzt werden. Das sei Voraussetzung dafür, dass die Grenzen innerhalb der EU offen bleiben könnten.
Zusammen mit der Türkei sei begonnen worden, das Schlepperwesen zu bekämpfen. Gleichzeitig soll vor Ort – in der Türkei, in Jordanien, im Libanon und im Irak – mit Geld geholfen werden. „Es geht um eine menschenwürdige Versorgung der Menschen, die sich dort aufhalten.“ Eine nachhaltige Senkung der Zahl der zu uns kommenden Menschen werde nur erreicht, wenn Fluchtursachen nachhaltig bekämpft würden.
Lob hatte Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer für Bundeskanzlerin Angela Merkel mitgebracht, die seit 2005 an der Spitze der Bundesregierung steht. „Die letzten zehn Jahre waren gute Jahre für Deutschland“, stellte Seehofer fest. In der ganzen Welt und auch Zuhause sei Merkel hochgeschätzt, betonte Seehofer – „und das natürlich auch im Freistaat Bayern“.

Startschuss für Breitband-Förderung des Bundes

Bundesminister Dobrindt stellt 2,7 Milliarden Euro zur Verfügung

Die flächendeckende Versorgung unseres Landes mit leistungsfähigen Internetanschlüssen ist eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum, steigenden Wohlstand und auch aus dem privaten Bereich nicht mehr wegzudenken. In städtischen Gebieten besteht bereits seit längerem eine vollständige Abdeckung mit Breitbandinternet. Für die Versorgung mit Hochleistungsnetzen, insbesondere im ländlichen Raum, ist auch der Einsatz von Fördermitteln erforderlich. Deshalb hat der Bundesminister für Verkehr und Digitale Infrastruktur Ende November den Startschuss für ein milliardenschweres Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau gegeben.

Kommunen und Landkreise können ab sofort Förderanträge für ihre Projekte zum Ausbau des schnellen Internets stellen. Damit sollen unterversorgte Gebiete einen Netzzugang von mindestens 50 Mbit pro Sekunde erhalten. Die Regierungskoalition nimmt dafür 2,7 Milliarden Euro an Fördergeldern in die Hand. Mit dem Bundesförderprogramm wird der Netzausbau technologieneutral gefördert. Der Fördersatz beträgt im Regelfall 50 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten. Der Höchstbetrag pro Projekt liegt bei 15 Millionen Euro.

Das Bundesprogramm ist grundsätzlich auch mit dem Breitband-Förderprogramm der Bayerischen Staatsregierung kombinierbar. Derzeit arbeitet das zuständige Bay-

erische Finanzministerium an einem Konzept, um beide Programme miteinander zu verknüpfen. Der erste Förderaufruf des Bundes für die Ausbauprojekte läuft bis zum 31. Januar 2016. In dieser Zeit können Anträge gestellt werden. Anschließend werden diese anhand transparenter Kriterien mit Punkten bewertet. Dieses Punktesystem bildet die Grundlage für eine Förderentscheidung.

Mit dem Bundesförderprogramm baut Deutschland seinen Spitzenplatz beim Ausbau des schnellen Internets weiter aus. Unser Ziel dabei ist, dass es bis 2018 auf der Landkarte keine weißen Flecken mehr beim Breitbandinternet gibt.

Was ändert sich im Steuerrecht im Jahr 2016?

Grundfreibetrag steigt, Kalte Progression wird abgebaut, Familienleistungen steigen

Abbau der Kalten Progression und Anpassung von Familienleistungen

Die Große Koalition hat im Juli 2015 für Bürgerinnen und Bürger steuerliche **Entlastungen in einem Volumen von über 5 Milliarden Euro pro Jahr** auf den Weg gebracht. Entsprechend den Ergebnissen des 10. Existenzminimumberichts wurden Erhöhungen des Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags für die Jahre 2015 und 2016 beschlossen. Zum vollständigen Abbau der kalten Progression auf tariflicher Ebene wird mit Wirkung ab dem 1. Januar 2016 der Steuertarifverlauf entsprechend der Inflation der Jahre 2014 und 2015 angepasst. Hinzukommen Verbesserungen gezielt für Familien durch Erhöhungen des Kindergeldes, des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende und des Kinderzuschlags für Geringverdiener:

- Anhebung des **Grundfreibetrags** ab 2015 von 8.354 Euro auf 8.472 Euro und ab 2016 auf 8.652 Euro.
- Verschiebung der übrigen Tarifeckwerte 2016 um die Inflationsraten für 2014 und 2015 von insgesamt knapp 1,5 Prozent und damit Abbau der **Kalten Progression**.
- Anhebung des **Kinderfreibetrags** für 2015 auf 2.256 Euro (ein Elternteil) beziehungsweise 4.512 Euro (Elternpaar), für 2016 auf 2.304 Euro (ein Elternteil) beziehungsweise 4.608 Euro (Elternpaar).
- Anhebung des **Kindergeldes** von monatlich 184 Euro für das erste und zweite Kind, 190 Euro für das dritte und 215 Euro ab dem vierten Kind um 4 Euro ab 2015 und weitere 2 Euro ab 2016.
- Anhebung des **Kinderzuschlags** um einen Betrag von 20 Euro auf 160 Euro monatlich ab dem 1. Juli 2016.
- Anhebung des Entlastungsbetrags für **Alleinerziehende** auf 1.908 Euro ab 2015 und Staffelung nach der Kinderzahl. Er steigt für das zweite und jedes weitere Kind nochmals um jeweils 240 Euro.

Abbau von Bürokratie

Zum 1. Januar 2016 werden die **Grenzbeträge für Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten** im Handelsgesetzbuch und in der Abgabenordnung angehoben. Dadurch wird eine größere Zahl von kleinen Unternehmen als bislang von der Buchführungs- und Aufzeichnungspflicht befreit und damit **von unnötiger Bürokratie entlastet**. Für Umsätze pro Geschäfts-/Wirtschaftsjahr gilt nunmehr ein Schwellenwert von mehr als 600.000 Euro (bislang 500.000 Euro) und für Gewinne aus Gewerbebetrieb/Land- und Forstwirtschaft pro Wirtschaftsjahr ein Schwellenwert von mehr als 60.000 Euro (bislang 50.000 Euro).

Unterfränkische Nikolausfeier

Die traditionelle Nikolausfeier der CSU-Freunde Berlin in der Bayerischen Landesvertretung wurde in diesem Jahr von den unterfränkischen Bundestagsabgeordneten gestaltet. Alexander Hoffmann mimte den Nikolaus, Dorothee Bär sorgte als Christkind für festliche Stimmung. Dazu gab es Wein aus Kitzingen, Bier aus Aschaffenburg, Marmelade aus Haßfurt sowie besinnliche Advents- und Weihnachtsmusik des Rotkreuz-Orchesters Bad Kissingen.

Beste Azubis in Berlin geehrt

Die bundesbesten Auszubildenden wurden in Berlin vom DIHK ausgezeichnet. Für ihre exzellenten Leistungen während ihrer Ausbildung zur Floristin wurde auch Pia Bauer aus Stadtlauringen geehrt. Herzlichen Glückwunsch! Wir können soltz darauf sein, dass eine der besten Azubis Deutschlands aus dem Wahlkreis kommt. Nach der Preisverleihung gab es zusammen mit der Ausbilderin und den Familien noch einen Rundgang durch den Bundestag.

Liebe Leserinnen und Leser,

der prächtige Weihnachtsbaum auf dem Foto steht im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages. Er ist in diesem Jahr mit Herzen, Sternen, Schlitten und Tannenbäumen aus Holz festlich geschmückt. Gefertigt wurde der Baumschmuck von fünf Mitarbeitern der Mainfränkischen Werkstätten der Lebenshilfe. Ein Stück unterfränkische Heimat mitten in Berlin.
Mit diesem Eindruck wünsche ich Ihnen eine schöne Weihnachtszeit sowie ein frohes und gesegnetes Fest. Für Ihr Interesse an meiner Arbeit in Berlin und im Wahlkreis im zurückliegenden Jahr danke ich Ihnen sehr herzlich. Für das neue Jahr 2016 wünsche ich Ihnen Gesundheit, Erfolg und Gottes Segen.

Herzliche Grüße,
Ihre Anja Weisgerber

Wahlkreisbüro
Schweinfurt-Kitzingen
Karl-Götz-Straße 17, 97421 Schweinfurt

Tel.: 09723 934370, Fax: 09723 934385
E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

Mehr Informationen auf meiner Internetseite:
www.anja-weisgerber.de

Bundestagsbüro
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 227 79344, Fax: 030 227 76343
E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

Reden und Videos auf AnjaTV:
www.youtube.com/user/anjaweisgerber

Bildnachweis: Titel DBT / Arndt Oehmichen (Kuppel); Henning Schacht (Portrait); Seite 1 Büro MdB Weisgerber (Klimakonferenz 2); Seite 2 StMUV (Arbeitsfrühstück); Büro MdB Weisgerber (Klimakonferenz); Seite 3 DTAG/ Wolfram Scheible (Breitband); Seite 4 Büro MdB Bär (Nikolausfeier); Büro MdB Weisgerber (Azubis, Weihnachtsbaum);